



Pressemitteilung

Nr. 9
Berlin, 7. September 2022

Hausanschrift
Friedrichstraße 108, 10117 Berlin

Postanschrift
11055 Berlin

Tel. +49 (0)30 18441-3420
Fax +49 (0)30 18441-3422

www.pflegebevollmaechtigte.de

Lage der Pflegebedürftigen spitzt sich zu: sofortige Entlastung notwendig

Die häusliche Pflege ist am Limit. Es rächt sich, dass sie jahrelang kaum Verbesserungen erfahren hat. Und das, obwohl die vorherige Bundesregierung bereits Ende 2020 die Erhöhung der Leistungsbeträge um 5 Prozent für notwendig erachtet hat.

Die Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung Claudia Moll:
„Pflegebedürftige und pflegende Angehörige machen nur selten mit lauter Stimme auf ihre immer schwieriger werdende Situation aufmerksam. Ich bin deshalb sehr froh, dass die Regierungsfractionen der häuslichen Pflege ein breites Modernisierungs- und Unterstützungskonzept verordnet haben. Der Koalitionsvertrag muss jetzt für die Pflege umgesetzt werden - der Fahrplan ist sehr konkret.

Wir brauchen einen Dreiklang aus der Stärkung der häuslichen und professionellen Pflege sowie dem Ausbau der ehrenamtlichen Unterstützung. Dazu braucht es sicher mehr Steuermittel für die Pflegeversicherung.

Kurzfristig muss vor allem mehr für die häusliche Pflege getan werden. Der Koalitionsvertrag sieht dazu eine regelmäßige Erhöhung des Pflegegeldes ab 2022 und eine Zusammenführung von Verhinderungs- und Kurzzeitpflege in einem Entlastungsbudget vor. Beides muss dieses Jahr umgesetzt werden.

Daneben müssen auch die Pflegesachleistungen regelhaft dynamisiert werden, die besonders von den Kostensteigerungen durch bessere Gehälter für die Pflegekräfte betroffen sind.

Meine Forderungen habe ich in meinem Positionspapier „Lage der Pflegebedürftigen spitzt sich zu: sofortige Entlastung notwendig!“ zusammengefasst.“

Die Pflegebevollmächtigte fordert darüber hinaus, dass Pflegebedürftige auch mit den Entlastungspaketen der Bundesregierung berücksichtigt werden.

Claudia Moll:

„Die allseits spürbare Kostenexplosion und Energiekrise trifft die häuslich versorgten Pflegebedürftigen und deren Angehörige besonders hart. Sie können oft nicht auf das Auto für die Fahrten zum Arzt oder Besorgungen verzichten, meist muss die Wäsche öfter und heißer gewaschen werden und die Forderung, weniger zu heizen, ist für diese Menschen einfach nur daneben. Wir dürfen die Pflegebedürftigen nicht im Kalten sitzen lassen. Sie müssen durch einen Krisen-Zuschlag bei allen Pflegeleistungen aus Steuermitteln entlastet werden.“

Die Bevollmächtigte der Bundesregierung für Pflege setzt sich außerdem für einen verbindlichen Anspruch auf Homeoffice für pflegende Angehörige und eine Stärkung der ehrenamtlichen und freiwilligen Unterstützung sowie eine Reduzierung der Eigenanteile in stationären Pflegeeinrichtungen ein.

Weitere Informationen zur Arbeit der Pflegebevollmächtigten finden Sie unter www.pflegebevollmaechtigte.de.